

als Quelle des Welt-Seins entthronen zu können. Wird der Satz: *Ex nihilo nil fit* in seiner nüchternen Klarheit hingestellt, so kann sein einleuchtender Sinn von niemandem geleugnet werden, der ihn ehrlich auffaßt. Die nüchterne Klarheit dieses Satzes, daß für jedes werdende Sein immer ein anderes Seiendes Quell sein muß, scheint sich zu verlieren, wenn in das Werden die nebelhafte Weite unermesslicher Zeiträume dazwischen geschoben wird. Dann scheint Entwicklung Vermehrung von Mannigfaltigkeit in dem Sinne sein zu können, daß neues Sein auftritt, das in vorhergehendem Sein nicht begründet zu sein braucht. Hier aber handelt es sich um einen ontologischen Trugschluß, der auf der gleichen Ebene steht wie die Behauptung, das „Nichts“ entlasse durch Umschlag aus sich das Sein. Alles Entstehen von Seiendem ist nur dadurch möglich, daß es in einem Seienden gründet, das des neuen Seins irgendwie trächtig ist. Wenn in immanenten innerweltlichen Entwicklungsabläufen neue Formen zutage treten, dann ist es nur dadurch möglich, daß die neue Form in uns verborgener Weise intensiv oder extensiv der Möglichkeit nach bereits vorher vorhanden war.

Die neue Welle der Religionsverfolgung in Jugoslawien

Von WILHELM DE VRIES S. J.

Die Kardinalserhebung des in seinem Heimatort Krasic internierten Erzbischofs von Agram, Aloysius Stepinac, und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan haben erneut die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Lage der katholischen Kirche in Jugoslawien gelenkt. Der unmittelbare Anlaß zum Bruch mit dem Heiligen Stuhl war übrigens nicht die Ankündigung der Kardinalsernennung, sondern eine Rede des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury gegen den beabsichtigten Besuch Titos in England. Tito faßte diese Rede als vom Vatikan inspiriert auf. Am Tage darauf, am 17. Dezember, brach er die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan ab.

Eine aus politischen Interessen nur zu verständliche Propaganda hatte glauben machen wollen, daß Tito, der nunmehr in der westlichen demokratischen Welt als bündnisfähig gilt, seine undemokratische Haltung gegenüber der Religion einer Revision unterzogen habe. Die Tatsachen strafen jedoch diese Propaganda lügen. Gerade seitdem Tito der Hilfe des Westens sicher ist, hat er die sehr relative Rücksicht, die er in den Jahren 1949—1951 der Kirche gegenüber walten ließ, fallen lassen und zeigt wieder sein wahres Gesicht des gottlosen kommunistischen Kirchenverfolgers, genau wie vorher. (Über die Jahre 1945—50 vgl. meinen Aufsatz in dieser Zeitschrift Bd. 146 [August 1950], S. 362—368.)

Tito selbst sprach sich klar darüber aus, daß seine Beziehungen zum Westen keine Revision seines marxistischen Standpunktes bedeuten. In einer

Rede vom 15. März 1952 vor einer Gruppe von Universitätsstudenten sagte er: „Wir haben kein Prinzip der marxistisch-leninistischen Wissenschaft bei unseren Beziehungen zum Westen verletzt..., wir haben keine Zugeständnisse gemacht, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik.“ (Borba = Der Kampf 16. 3. 1952.) Die Agramer kommunistische Zeitung Vjesnik (Der Bote) schrieb am 16. 10. 1951: „Ihr (gemeint sind die katholischen Geistlichen) werdet uns nicht abwendig machen von dem unversöhnlichen Kampf gegen die religiöse Starrköpfigkeit und den Mystizismus... Ihr vergeßt, daß unsere Revolution noch nicht beendet ist. Ihr Herren Guardiane, Kanoniker, Erzpriester usw. habt unsere Beziehungen mit der westlichen Welt falsch verstanden! Der vaterländische Eifer unseres Volkes im Kampf gegen die Versklavung an den Osten kann sich nicht wandeln in eine schändliche Kapitulation vor der ultrareaktionären Lebensauffassung, die ihr und euresgleichen vertretet, hier und im Auslande“.

Die Verwirklichung der Warnung, die Wiederaufnahme der „Revolution“, durch neue Gewalttaten gegen den Klerus ließ nicht lange auf sich warten. Ein Anzeichen war das Attentat gegen den Apostolischen Administrator von Laibach Msgr. Anton Vovk am 20. Januar 1952 auf dem Bahnhof von Novo Mesto. Einige Übeltäter überfielen den Bischof, übergossen ihn mit Benzin und steckten seine Kleider in Brand. Nur seine Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart rettete den Prälaten vor dem Feuertode. Er warf blitzschnell den brennenden Mantel ab und kam so mit leichten Verletzungen davon. Einer der Attentäter wurde am 19. Februar 1952 zu der lächerlichen Strafe von 9 Tagen Gefängnis verurteilt, die er aber nicht absitzen mußte. Man billigte ihm mildernde Umstände zu, „da er aus dem berechtigten Widerwillen gegen den reaktionären, volksfeindlichen Klerus heraus gehandelt habe“.

Diese Gewalttat gegen den Bischof von Laibach steht nicht vereinzelt da. In Preska wurde am 21. 9. 1951 der 76 Jahre alte Geistliche Valentin Oblak ermordet. Am 17. 10. 1951 wurde in Bizelisko der siebzigjährige Pfarrer des Ortes von einer Bande halbwüchsiger Burschen angefallen und schwer verwundet. Die Zeitungen schrieben am folgenden Tage, der Pfarrer habe als Feind der neuen sozialen Ordnung den gerechten Unwillen des Volkes erregt. In der Diözese Djakovo verübten im Frühjahr 1952 unbekannte Täter im Laufe von vier Wochen nicht weniger als 12 nächtliche Raubüberfälle auf Priester. Sehr wahrscheinlich handelte es sich um Sendlinge der kommunistischen Partei. Denn die Polizei konnte oder wollte in keinem Falle die Täter ermitteln.

Prozesse und Verurteilungen von Geistlichen häuften sich wiederum. Einige Beispiele: Die Zeitung „Slovenski porocvalec“ (Slovenischer Berichterstatter, Laibach) griff am 15. 10. 1951 den Pfarrer Veselic von Marcovi heftig an, weil er im geheimen auf den Turnverein und auf die Feuerwehr Einfluß ausübe. Es dauerte nicht lange, bis der Geistliche wegen dieser Anklage zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt war. Bischof Anton Vovk und der bischöfliche Kanzler Franz Mervic, der schon drei Monate im Ge-

fängnis war, wurden am 17. 1. 1952 jeder zu einer Geldstrafe von 50000 Dinar verurteilt; der Bischof weil er Katechismen verkauft und der Kanzler, weil er Rosenkränze und Heiligenbildchen verteilt hatte. In Slowenien wanderten nicht wenige Geistliche ins Gefängnis, weil sie ohne Erlaubnis die Kinder in der Kirche im Katechismus unterrichtet hatten. Wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Faschisten verurteilte man ebenfalls in Slowenien Ende April 1952 sechs Geistliche zu langen Jahren von Gefängnis. Einige Priester, die zum Militärdienst eingezogen waren, kehrten nicht zurück, sondern kamen im Sommer des vergangenen Jahres aus unbekannten Gründen ins Gefängnis. Am 11. 7. 1952 wurden in Mostar fünf Franziskanerpatres unter politischen Vorwänden zu 5—16 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 16. 9. erhielten in Laibach 14 Salesianer wegen angeblicher Spionage zugunsten des Vatikans Gefängnisstrafen von 2—5 Jahren. Im September wurde der 75 Jahre alte Pfarrer von Zuzemberg Karl Gnidovec wegen angeblicher politischer Verbrechen, begangen während des Krieges, zum Tode durch Erschießen verurteilt. Im Dezember wurden der Bischof Gargovic von Zadar und Bischof Nezcic von Pasin in ihrem Palais gefangen gesetzt. Mehr als 200 Geistliche sind immer noch im Gefängnis. So erklärten die Bischöfe in ihrem Memorandum an Tito vom 26. 9. 1952. Der Bischof von Mostar Peter Cule ist nach wie vor gefangen.

Die Presse hetzt andauernd gegen die Bischöfe und die Geistlichen. Sie werden angeprangert als Feinde des Volkes, als Saboteure und als Reaktionäre. Für alle Übel macht man sie verantwortlich. Den im Jahre 1951 neu ernannten Bischöfen Stephan Bäuerlein und Cyrill Banic warf die Presse ihre angebliche Sympathie für die Ustaschas vor (Vjesnik 24. 12. 1951). Die Zeitung Borba beschuldigte am 15. 5. 1952 den Bischof Vovk, er wolle den sozialistischen Aufbau des Landes verhindern. Eine katholische Presse, die diesen Angriffen entgegentreten könnte, gibt es nicht mehr.

Die Regierung tut alles, um dem Klerus das Leben schwer zu machen. Das Kirchengut ist beschlagnahmt, Sammlungen in den Kirchen sind durchweg verboten. Wo sie noch erlaubt sind, unterliegen sie schweren Steuern, 40—70 Prozent. Man fürchtet, daß bald ein allgemeines Verbot der Kollekten erlassen wird. Die Kathedrale von Laibach mußte 10000 Dinar Strafe zahlen, weil entgegen dem Verbot der Kollekten der Sakristan ganze 10 Dinar, die von den Gläubigen auf den Altar gelegt worden waren, der Kirchenkasse einverleibt hatte. Auch Spenden aus dem Ausland werden vielfach unmöglich gemacht. So kamen z. B. in Rijeka Gaben der amerikanischen Katholiken an. Man mußte sie zurückschicken, da die Behörden an Zoll und Spesen die enorme Summe von 6 Millionen Dinar verlangten. Die Regierung belegt die Kirche und kirchliche Einrichtungen mit so hohen Steuern, daß man sie vielfach einfach nicht zahlen kann. Die Folge ist, daß man das Inventar der Kirche beschlagnahmt. Das geschah z. B. in Trsat, Volar, Desinic, Draganic und Novalja. In verschiedenen Städten beschlagnahmte die Polizei sogar das Geld für Meßstipendien, so in Brezje, Ptujka

und Gora. Nur wenige, dem Regime gefügte Geistliche erhalten noch Staatsgehalt.

Die Geistlichen sind in ihrer Tätigkeit ständig gehemmt und werden auf Schritt und Tritt bespitzelt. Unter der Kanzel steht der Spion, der nur darauf lauert, den Priester unter irgendeinem Vorwand denunzieren zu können. Predigt er über den Tod und die Hölle, so klagt man ihn an, er habe das Volk mit Drohungen einzuschüchtern versucht, um es so dem Kommunismus zu entfremden. Erklärt er das Wort des Herrn: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“, dann heißt es, er habe das Volk gegen den Staat aufgerufen. Das Dasein Gottes verteidigen bedeutet ohne weiteres religiöse Unduldsamkeit predigen. (Vgl. z.B. Oslobodjenje = Befreiung 8.3.1952; Vjesnik 18.10.1952). Die Zeitung Vjesnik griff am 28.3.1951 den Jesuitenpater M. Pasicek scharf an, weil er am Ende einer Predigt das Volk aufgefordert hatte, Gott aufs neue die Treue zu schwören. Dieser Schwur ist für die kommunistische Zeitung ohne weiteres „gegen die Autorität der Volksrepublik und gegen den Sozialismus“ gerichtet. In Bosnien und der Herzegowina verbot ein Zirkular der Regierung den Geistlichen, die Eltern zu beeinflussen, daß sie ihre Kinder nicht gottlos aufwachsen ließen. Man verlangte sogar von einem Geistlichen, die Gläubigen zu ermahnen, nicht in die Kirche zu gehen.

Vor allem sucht man den Geistlichen von jedem Einfluß auf die Jugend fernzuhalten. Die Zeitung Vjesnik schreibt am 20.12.1951: „Wir wenden uns häufig gegen die feindselige und antisoziale Tätigkeit mancher Priester, die möglichst viele Jungen unter ihren volksfeindlichen Einfluß bringen wollen. Sie wenden zu diesem Zweck verschiedene Methoden an. So organisieren sie z. B. in Spalato Gesangskurse, in Veglia einen Fußballverein, Anderswo spielen sie mit den Jungen Ping-Pong oder geben ihnen Musikunterricht.“ In Kroatien verbot ein Dekret des Unterrichtsministeriums vom 31.1.1952 den Geistlichen „irgendwelche organisierte Lehr- oder Erziehungstätigkeit auszuüben“, Kinder oder Jugendliche in Vereinen zusammenzuschließen oder Zusammenkünfte für Sport oder Erholung zu veranstalten. Das gleiche Dekret verbietet auch den Religionsunterricht. Das wird von vielen so ausgelegt, daß auch der Unterricht in den Kirchen unter das Verbot falle. In Bosnien und der Herzegowina erstreckt sich das Verbot ausdrücklich auch auf die Kirche. Für Slowenien schreibt ein Erlaß vom 20.7.1951 vor, daß nur Geistliche, die dazu besonders bevollmächtigt sind, in der Kirche Religionsunterricht erteilen können. Diese Erlaubnis wird nur regimehörigen Geistlichen gegeben.

Um den Einfluß der Geistlichen mit der Zeit mehr und mehr auszuschalten, sucht man Priesterberufe unmöglich zu machen und untergräbt die Tätigkeit der Seminare. Nur wer bis zum 15. Lebensjahre die gottfeindliche Staatsschule besucht hat, kann in ein Seminar aufgenommen werden. Man hofft, daß nicht viele Jungen ihren Priesterberuf durch die Fährnisse der gottfeindlichen Erziehung hindurchretten werden. Man übt außer-

dem schwersten Druck auf die Eltern aus, deren Söhne Priester werden wollen. Von den Seminaren sind bereits die Hälfte geschlossen worden. Andere sind teilweise für staatliche Zwecke beschlagnahmt. In Slowenien bleibt ein einziges Seminar, das von Laibach, während es deren früher dort sechs gab. Die materielle Existenz der Seminare ist durch das Verbot der Sammlungen bedroht. Man hat den Eindruck, daß die Seminare nur noch für einige Zeit geduldet werden sollen.

Auch die bloße Kultfreiheit unterliegt mannigfachen Einschränkungen. Die Kirchen sind zwar noch offen. Aber viele sind durch den Krieg zerstört und andere wurden noch nachher mutwillig vernichtet, so die Kirche des Hl. Erlösers in Rijeka, die Kirche der Karmelitinnen in Laibach und manche Kirchen im Banat. Andere Gotteshäuser sind für weltliche Zwecke beschlagnahmt. Die Kirche des heiligen Josef in Laibach z.B. ist in ein Film-Studio verwandelt. Die Erlaubnis zum Neubau von Kirchen ist einfach nicht zu bekommen. Der Gottesdienst wird behindert. Größere religiöse Feiern wie Primizen und Prozessionen werden vielfach unmöglich gemacht. Den Bischöfen macht man Schwierigkeiten bei ihren Firmungsreisen. So wurde dem Bischof Vovk von Laibach und dem Bischof Drzecek von Maribor verboten, die Gemeinden in den Grenzgebieten zu visitieren. Bischof Vovk wurde auf dem Weg nach Jsenice von einer Gruppe von Terroristen aufgehalten. Die Leute warteten in der Kirche vergebens auf ihn. Die Feierlichkeit des Gottesdienstes sucht man dadurch zu behindern, daß man Organisten und Chordirigenten zwingt, ihr Amt aufzugeben. Wallfahrten sucht man unmöglich zu machen. Bei Gelegenheit einer Wallfahrt zum Heiligtum Ptuiska Gora am 15. 8. 1951 provozierten die Kommunisten einen Zwischenfall, der ihnen dann den erwünschten Vorwand gab, das Heiligtum, eines der besuchtesten in ganz Jugoslawien, zu schließen.

Wahre Kultfreiheit würde bedeuten, daß jedermann ungehindert den Gottesdienst besuchen kann. Das ist durchaus nicht der Fall. Damit kommen wir zu den Schikanen, die den Laien bereitet werden, wenn sie es mit ihrer Religion ernst meinen. Die Zeitung Borba berichtet am 4. 8. 1951, daß Arbeiter entlassen wurden, weil sie ihre Kinder taufen ließen. Andere verloren ihr Brot, weil sie an Weihnachten nicht zur Arbeit erschienen. Die Polizei spioniert bei den Pfarrern, um herauszubekommen, wer sich kirchlich trauen läßt und wer seine Kinder zur Taufe bringt. Für einen Offizier wäre es gefährlich, sich in der Kirche sehen zu lassen. Im Heer geht die Parole rund: „Ein Soldat geht nicht in die Kirche.“ Schwerer Druck wird auf die Eltern von schulpflichtigen Kindern ausgeübt. Auf Schulversammlungen schärft man ihnen ein, sie hätten kein Recht, ihre Kinder religiös zu erziehen, da eine Verschiedenheit der Erziehung in der Schule und im Elternhause aus den Kindern zwangsläufig Pharisäer machen würde. Lehrer, die es wagen, ihre Schüler religiös zu beeinflussen, setzen sich der ersten Gefahr aus, entlassen zu werden. Die Zeitung Slovenski poročevec schreibt

am 7.3.1952: „Bei uns wird kein Platz mehr sein für Lehrer, die sich zwar an das Programm halten, aber sich erlauben, den der Kirche eigenen Mystizismus und Obskurantismus zu lehren. Lehrer und Professoren müssen als Erzieher der künftigen Generation handeln und leben gemäß den Grundsätzen, die einen ergebenen Mitarbeiter des Sozialismus beseelen müssen. Andernfalls wird kein Platz mehr für sie in unseren Schulen sein . . . Ein doppeltes Leben ist unmöglich. Man kann nicht nach den Grundsätzen des Sozialismus unterrichten und gleichzeitig im Mystizismus leben.“ Man hat Fragebogen an Lehrer und Schüler verteilt über ihre Gottgläubigkeit.

Staatsbeamte können es nicht wagen, sich öffentlich kirchlich trauen zu lassen. Ein Priester, der im geheimen der Ehe eines Beamten assistiert hatte, wurde deswegen zu Gefängnis verurteilt. (Vgl. Lubjanski dnevnik = Laibacher Tageblatt 10. 6. 1951.) Die Statuten der kommunistischen Partei vom 10. 9. 1952 sehen vor, daß ein Parteimitglied nicht gleichzeitig einer Kirche angehören könne. Schüler, die zur Kirche gehen, werden deswegen von den gottlosen Lehrern verspottet, oft genug auch schwer geschlagen. Es kommt vor, daß die Kinder sich schleunigst verstecken, sobald der Lehrer die Kirche betritt um auszuspionieren, welche Schüler in die Kirche gehen. Man droht Schülern, die ihre religiöse Betätigung nicht aufgeben wollen, mit Ausschluß von den Examina, ja mit Entlassung aus der Schule. Nicht wenige wurden tatsächlich entlassen. Die Zeitung Slovenski poročevalec schlug am 22.2.1952 vor, aus den höheren Schulen alle diejenigen Schüler zu entfernen, die unter klerikalem Einfluß ständen.

Der ständige Druck auf die Gläubigen hat leider manchen Erfolg gehabt. Die Furcht der Eltern ist schuld daran, wenn die Religionsstunden in der Kirche oder im Pfarrhaus, wo sie noch möglich sind, immer schlechter besucht werden. Ein Kirchenchor nach dem andern verstummt, da man ihre Mitglieder schikaniert oder zu Spitzeln machen will, die der Polizei regelmäßig berichten müssen, was in der Kirche vor sich geht. Unter den Schülern der höheren Schulen sind schmerzliche Verluste zu buchen. Besser steht es mit dem Widerstand der Universitätsstudenten. Die Zahl der praktizierenden Universitätshörer ist in den letzten Jahren mindestens auf das dreifache gestiegen. Das ist ohne Zweifel eine sehr erfreuliche Erscheinung. Auf dem Lande hat sich im großen und ganzen nicht viel geändert. Besonders gut widerstehen die Dörfer in Bosnien und der Herzegowina. Bei den Arbeitern war die praktische Glaubenslosigkeit auch schon vor dem Kommunismus weit verbreitet. Der Arbeiter ist heute vom Kommunismus enttäuscht, ist aber deswegen noch lange kein Christ geworden. Immerhin hat ihm die mutige Haltung der Kirche Achtung abgewonnen. Der Priester kann heute ruhig durch die Arbeiterviertel gehen, ohne Furcht, angepöbelt zu werden, wie das früher häufig war.

Das letzte Ziel der Kommunisten ist ohne Zweifel die Vernichtung jeder Religion. Da dies aber nicht so einfach ist, will man zunächst einmal eine als katholisch getarnte romfreie Kirche aufzuziehen, die dem Regime zu-

willen ist. Das Hauptmittel dazu sind die regimehörigen Priestervereinigungen, in die man die Geistlichen hineinzwingen will, um sie so der rechtmäßigen kirchlichen Autorität abspenstig zu machen. In Slowenien besteht die Vereinigung der heiligen Cyrill und Method, in Dalmatien, Istrien, Bosnien und Herzegowina die der „Volkspriester“. In Kroatien wird erst neuestens mit Macht die Organisation ähnlicher Vereinigungen betrieben. Man übt schwersten Druck auf die Geistlichen aus, um sie in die Vereinigungen hineinzubringen. Man arbeitet mit der Androhung der Verhaftung wegen Zusammenarbeit mit dem Feind während des Krieges, wegen Verbindung mit dem Ausland, mit Emigranten, wegen Propaganda gegen die Regierung oder wegen Schwarzhandel. Man droht mit der Veröffentlichung von Skandalen, wirklichen oder erdichteten. Geschickt sucht die Regierung Eifersüchteleien unter den Geistlichen und enttäuschten Ehrgeiz auszunutzen. Auch Versprechungen werden angewandt. So versprach man in Slowenien den Geistlichen, die beitreten würden, die Erlaubnis zum Religionsunterricht. Viele traten deshalb bei, bekamen aber doch keine Erlaubnis.

Die Haltung der Geistlichen diesen Vereinigungen gegenüber ist leider geteilt. Manche, auch gute Priester, sahen in diesen Organisationen, besonders zur Zeit der verhältnismäßigen Ruhe 1949—51, einen Versuch der Regierung, zu einer Aussöhnung mit der Kirche zu kommen. Andere klarer blickende wollten von den Vereinigungen nichts wissen, da sie unter dem Druck der Regierung entstanden waren und von ihr kontrolliert wurden. Sie vermuteten mit Recht, daß die Organisationen nur eine Vorbereitung für einen neuen Schlag gegen die Kirche seien. Die Bischöfe verhielten sich zunächst zurückhaltend, erließen kein klares Verbot, sondern widerrieten nur den Beitritt.

Mit Hilfe der Organisationen gelang es der Regierung leider, die Geistlichen zu spalten und auch einen Keil zwischen Geistlichkeit und Episkopat zu treiben. Durch Lockungen und Drohungen wurden immer mehr Priester in die Organisationen hineingetrieben. Viele, die an sich Gegner der Vereinigungen waren, schwenkten ins organisierte Lager hinüber. Sie sagten, um etwas zu erreichen, müsse man einheitlich vorgehen. Die Organisationen seien nun einmal nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Man müsse hineingehen, um sie vor Fehlritten zu bewahren und um die Einheit unter der Geistlichkeit zu retten. So setzten sie sich auch in Gegensatz zu den Bischöfen, die Gegner der Vereinigungen sind. Alle Geistlichen, ob organisiert oder nicht organisiert, hatten schließlich unter der neuen Verfolgungswelle zu leiden. Viele Priester sind mit der Zeit unter dem ständigen Druck müde und apathisch geworden. Die Widerstandskraft hat stark gelitten. Man weiß nicht, was das Morgen bringen wird, noch was man tun soll. Man hat das Gefühl, vom Westen aufgegeben zu sein. Seitdem Erzbischof Stepinac relativ frei geworden ist, haben die Proteste gegen die Religionsverfolgung in Jugoslawien in der westlichen Presse nachgelassen. Aus politischem Interesse hat man die Presse im Westen weithin dazu gebracht, die Situation in Jugo-

slawien schönzufärben. Inzwischen hat Tito ziemlich ungestört eine neue Verfolgung begonnen.

Die Bischöfe entschlossen sich nach langem Zögern auf einer Konferenz in Agram vom 23.—26. September ein Verbot gegen die Priestervereinigungen zu erlassen, da diese vom Staat kontrolliert und geeignet seien, die kirchliche Disziplin zu untergraben. Schon vor der Konferenz war die Geheimpolizei aufs genaueste über den Gegenstand der Verhandlungen informiert. Das Verbot wurde zwar von 20 Bischöfen unterschrieben. Aber leider verschickten nicht alle das Dekret an die Pfarrer. Manche Bischöfe nahmen auch unter dem Druck der Polizei das Verbot wieder zurück. Alle Bischöfe wurden mehrmals zur Polizei geladen und von ihr bearbeitet. Zwei von ihnen, die besonders starken Widerstand leisteten, erhielten Hausarrest. Wegen der Uneinheitlichkeit des Vorgehens und auch weil das Verbot reichlich spät kam, hatte die Maßnahme der Bischöfe leider nicht die gewünschte Wirkung. Die Priesterorganisationen entwickeln sich trotz des Verbotes weiter. Gerade gegen Ende des Jahres 1952 setzte verstärkter Druck ein, um die Vereinigungen weiter auszubauen. Auch in Kroatien geht man nun energisch voran. Dort wurden im Dezember 1952 im ganzen 23 Komitees gebildet mit der Aufgabe die Priesterorganisation auch in Kroatien auszubauen. Etwa 70 Geistliche machen in diesen Komitees mit.

Am 17. September erfolgte schließlich der offizielle Abbruch der Beziehungen mit dem Vatikan. Der Vizeminister des Äußern überreichte dem Geschäftsträger des Heiligen Stuhles Msgr. Silvio Oddi eine Note mit der Mitteilung über den Entschluß der Regierung. Als Begründung wurde angegeben, daß sich der Heilige Stuhl in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt habe und die Kardinalserhebung des Erzbischofs Stepinac ein gegen Jugoslawien feindseliger Akt sei. Schon seit langem war dieser Abbruch der Beziehungen durch eine entsprechende Pressekampagne vorbereitet, was beweist, daß die Kardinalsernennung nur ein Vorwand war. Am 27. Dezember verließ der Geschäftsträger des Vatikans Belgrad.

Die Vertreibung des Vertreters des Heiligen Stuhles war nur die logische Folge der offenen Feindseligkeit des Tito-Regimes gegen die katholische Kirche. Man fragt sich: Was wird nun geschehen? Der Außenminister Kardelj hat sich in einer heftigen Rede, die er kurz nach dem Abbruch der Beziehungen vor der Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten hielt, ziemlich klar darüber geäußert. Er griff die Nuntiatur an, sie habe den katholischen Klerus in Jugoslawien eingeschüchtert, um ihn von der Zusammenarbeit mit dem Staat abzuhalten. Man wird also noch stärker als bisher den Klerus zu dieser Zusammenarbeit, d.h. schließlich zur Kapitulation vor dem totalitären Staat drängen. Kardelj führte weiter aus, der Bruch mit dem Vatikan sei notwendig gewesen, um die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu „konsolidieren“. Er stellte sogar der Kirche die Hilfe des Staates in Aussicht. Das deutet darauf hin, daß man nun ähnlich

wie in den anderen Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs die Bischöfe dahin bringen will, mit dem Staat ohne Rom ein Abkommen zu schließen. Am 7. 1. 1953 beschied Tito sieben Bischöfe zu sich. Die Verhandlung dauerte zwei Stunden. Alle Bischöfe erklärten einmütig, sie könnten ohne den Heiligen Stuhl kein Abkommen mit dem Staat schließen. Im Anschluß daran wurde eine gemischte Kommission aus (regimehörigen?) Geistlichen und Vertretern des Staates eingesetzt, die die Verhandlungen weiterführen sollte. Es scheint, daß die Bischöfe damit nichts zu tun haben. Diese haben sich schon in ihrem mutigen Memorandum an Tito vom 26. 9. 1952 über die Möglichkeiten eines Ausgleichs mit dem Staat klar geäußert. Sie verlangen als Bedingung die Wiedergutmachung des der Kirche und ihren Dienern ange-tanen Unrechts und die volle Wahrung der Rechte der Kirche. Dieses Memorandum wurde ihnen zurückgeschickt mit der Bemerkung, der Ton sei unmöglich und darum könne es nicht in Erwägung gezogen werden.

Bisher ist in Jugoslawien im Gegensatz zu manchen anderen Ländern die Kirchenleitung noch unversehrt. Man hat es noch nicht versucht, kommunistenhörige Elemente einzuschmuggeln. Es konnten sogar nach 1952 durchaus würdige Bischöfe ernannt werden, so Msgr. Gabriel Bukatko als Apostol, Administrator der griechisch-katholischen Diözese Kreutz, Msgr. Matthäus Garkovic für die Diözese Zadar, Msgr. Alexander Tokic als Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge für Bar-Antivari. Es steht zu befürchten, daß man sich nun an die Hierarchie selbst heranmachen wird. Die Vorgänge nach der Bischofskonferenz von September 1952 deuten schon darauf hin. Die gerade in jüngster Zeit energisch vorangetriebenen nunmehr von der Kirche verbotenen Priesterverbände lassen vermuten, daß man jetzt auf die Gründung einer schismatischen Kirche lossteuern wird. So scheint die Zukunft der katholischen Kirche in Jugoslawien dunkel.

Zum Schluß ein kurzes Wort über die orthodoxe Kirche. Ihr Widerstand beginnt seit der Wahl des Erzbischofs Vinzenz Prodanov zum Patriarchen (Juli 1950) zu erlahmen, hat aber doch noch nicht ganz aufgehört. Noch jüngst erklärte sich die Mehrheit der Bischöfe auf einer Sitzung der Heiligen Synode gegen die regimehörigen Priestervereinigungen. Der Patriarch enthielt sich der Stimme. Nur vier Bischöfe erklärten sich für die Vereinigungen, während 14 den Mut hatten, sie abzulehnen, was ihnen scharfe Angriffe in der Presse eintrug. Der Patriarch stellte freilich bei Gelegenheit eines Empfanges bei Tito im Mai 1952 die Mitarbeit der Kirche am Aufbau des Landes in Aussicht und dankte der Regierung für die Aufnahme der Geistlichen in die staatlichen Sozialversicherungen. Tito seinerseits versprach, der Staat werde sich der orthodoxen Kirche gegenüber korrekt verhalten. Freilich ist deshalb die religiöse Freiheit auch der orthodoxen Kirche nicht besser geworden. Der Religionsunterricht bleibt aufs stärkste behindert. Auch die orthodoxe theologische Fakultät wurde wie die katholische in Belgrad nach Abschluß des Schuljahres 1951/52 von der Universität getrennt. Zwei Bischöfe, Josef von Skoplje und Barnabas von Serajevo, die im

Gefängnis waren, sind indessen heute auf freiem Fuß. Der Patriarch Vinzenz erklärte sich in einem Vertreter der Zeitung „Politika“ gewährten Interview gegen das Verbot der Priestervereinigungen seitens der katholischen Bischöfe. Das sei ein feindlicher Akt gegen das Land, eine Verletzung der Verfassung und der Gesetze und Mißbrauch der geistlichen Gewalt. Die orthodoxen Priestervereinigungen seien zwar auch bisher von den Bischöfen nicht gebilligt. Das habe aber nicht grundsätzliche, sondern nur organisatorische Gründe. Die Bischöfe seien für Zusammenarbeit mit der Regierung. Er sei dem Staat dankbar für die Gehälter und die Pensionen, die dieser den Geistlichen zahle. Alle Gerüchte über Verfolgung und Störung des religiösen Lebens seien ohne Fundament. Wer solche Gerüchte verbreite, sei ein Feind der Kirche und des Landes. (Daniza = Morgenstern, Chicago 5. 11. 1952.) Man darf aus solchen Ausführungen des Patriarchen nicht schließen, daß die ganze orthodoxe Hierarchie vor den Kommunisten kapituliert habe.

Zeitbericht

Volksabstimmungen in der Schweiz — Die Jesuitenfrage in der Schweiz wieder aktuell — Freiwerden von erstarrten Vorstellungen — Können Kinder zwei Sprachen lernen? — Städtische Erziehungsberatung — Analytische Psychologie und Schule — Zur Frage der künstlichen Befruchtung — Die Philosophie in Sowjetrußland — Sozialreformen am Nil — Bekehrungsbewegung in Ostafrika — Borromäusverein und St.-Michaels-Bund

Volksabstimmungen in der Schweiz. Viermal bezog das Schweizervolk im Verlaufe des vergangenen Jahres Stellung gegen den wirtschaftlichen Liberalismus.

Am 30. März nahm es mit 483583 Ja gegen 411178 Nein das neue Landwirtschaftsgesetz an, das die bäuerliche Selbsthilfe nachhaltig fördern will und der inländischen Produktion einen geringen Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz gewährt, die infolge ihrer Lohngestaltung viel billiger zu liefern imstande ist als der einheimische Landwirt. Auch die gerissenste Propaganda der mächtigen Importherren vermochte das Volk nicht von der Überzeugung abzubringen, daß ohne Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes die Eidgenossenschaft Gefahr läuft, im Frieden der Degeneration und im Kriege der Aushungerung anheimzufallen.

Am 5. Oktober stellte sich das Schweizervolk schützend vor die kleinen und mittleren Betriebe der Tabakindustrie und ihre Belegschaften, denen nur durch eine Kontingentierung der Rohstoffe die Behauptung gegenüber den Monopol Tendenzen der Großunternehmen ermöglicht werden kann. Diesmal standen den 492885 Ja nur 232007 Nein gegenüber. Das eindeutige Resultat übertraf alle Erwartungen der Freunde und Gegner der Vorlage.

Am 23. November wurde diese Grundhaltung des Volkes erneut bekräftigt. Der Bundesbeschluß über die Sicherstellung der Brotgetreideversorgung war zwar nur von ganz wenigen letzten Anhängern des Wirtschaftsliberalismus bekämpft worden, denen es in Anbetracht der unsicheren Zeiten in ihrer Rolle nicht ganz wohl war. Dennoch hätte niemand erwartet, daß der Übertrumpf der Ja 395502 Stimmen ausmachen würde. 583546 Ja zu 188044 Nein.

Bei dem am gleichen Sonntag zur Abstimmung vorgelegten Bundesbeschluß über die befristete Weiterführung einer begrenzten Preiskontrolle betrug die annehmende Mehrheit bei 489461 Ja und 289837 Nein noch 199072 Stimmen.